

Bezugspreis:

Vom 9. - 13. Sept. 2 Millionen Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 9. - 13. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinlande sowie Österreich u. Ungarn 2 500 000 Mk., für das übrige Ausland 2 700 000 Mk. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Sinnwelt“ und der Beilage „Siedlung und Arealfragen“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhof 292-295 Verlag: Dönhof 2506-2507

Freitag, den 14. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Volkschekkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareilzeile kostet 1 200 000 Mk. Stellenszelle 600 000 Mk. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 400 000 Mk. (zweifach zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 200 000 Mk. Stellenszelle das erste Wort 200 000 Mk., jedes weitere Wort 170 000 Mk. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 120 000 Mk.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschäftszeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Militärputsch in Barcelona.

Barcelona, 13. September. (Havas.) Der Gouverneur Primo de Rivera hat eine Proklamation erlassen, in der er die Regierung anfragt, sie führe das Land dem Untergange entgegen und mittelst, daß die Militärpartei beschlossen hat, die Regierung zu übernehmen und den Belagerungszustand zu verhängen. Um 4 Uhr morgens ist die Telefonzentrale besetzt worden. Die Stadt ist ruhig.

In Madrid ist die Regierung in der vergangenen Nacht in aller Eile zu einer Beratung zusammengetreten.

Barcelona, 13. September. (Eca.) Die Zensur wird von den Militärbehörden ausgesetzt. Es wird mitgeteilt, daß große Garnisonen, insbesondere die von Madrid, Saragossa und Sevilla sich der Bewegung angeschlossen haben. (Das haben Rapp-Dittwig auch behauptet. Red.) In einer Veröffentlichung wird versichert, daß sowohl gegen den Außenminister Ribá, als auch gegen den Ministerpräsidenten Graf Añuñeas ein Prozeß eröffnet und unter dem Schutze der militärischen Behörden eine revolutionäre Regierung eingesetzt werde. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Cortela, der zur Einweihung der Weltausstellung in Barcelona einreisen sollte, hat seine Reise unterbrochen und ist in Saragossa verblieben. Die telephonische Verbindung ist unterbrochen. Die Proklamation versichert, daß die Verbindung der revolutionären Führer mit dem König aufrechterhalten werde. Man nimmt daher an, daß die Bewegung gegen die Regierung nicht aber gegen die Dynastie gerichtet ist. Der Außenminister soll bereits in St. Sebastian verhaftet worden sein. General Sordana hat unter Befehl des Generalhauptmanns die Regierung der Provinz Barcelona übernommen und den Gouverneur abgelöst. In Katalonien scheinen der Bewegung keine großen Schwierigkeiten bereitet zu sein. Ueber die Lage im übrigen Spanien sind noch keine Einzelheiten eingetroffen. Die Polizei- und Jüdisgarde wie die übrigen öffentlichen Behörden scheinen sich mit der neuen Lage abgefunden zu haben. Die Stadtbehörden, die Provinzialdeputationen sind noch nicht von den Militärs besetzt.

Das Bestreben der hohen Militärs Spaniens, aktiv in die Politik des Landes einzugreifen, ist eine fast traditionelle Erscheinung der spanischen Geschichte. Die militärische Oligarchie ist dort seit jeher an der Tagesordnung — der auch in die deutsche Sprache übergegangene Ausdruck Camarilla stammt übrigens aus dem Spanischen — und in mehr oder minder geheimen Konventikeln (Juntas) kommen die höheren Offiziere in Krisenzeiten zusammen, um politische Forderungen an die Regierung zu richten. Auch größere Militärrevolten sind bereits mehr als einmal vorgekommen, z. B. in Madrid im Jahre 1886. Seit mehreren Monaten sind nun das marokkanische Wespennest das öffentliche Leben Spaniens in steigendem Maße. Zu den für die spanischen Truppen oft sehr unglücklichen Kämpfen auf afrikanischem Boden mit den aufständischen Kabylestämmen gesellen sich die innerpolitischen Streitigkeiten über die Frage, ob die Marokkopolitik in dem bisherigen Ausmaße durchgeführt werden soll und ob die bisherige Art der militärischen Kriegführung zweckmäßig war.

Die jüngsten opferreichen Niederlagen der spanischen Truppen im Hinterland von Melilla haben eine wachsende Mißstimmung in breiten Massen der Bevölkerung erzeugt und auch Regierungskrisen zur Folge gehabt. Die erst vor wenigen Tagen umgewandelte liberale Regierung schied sich nun an, das Marokkounternehmen militärisch abzuhängen und gab in dieser Hinsicht vor allem den Stimmungen nach, die in dem seit jeher stark separatistisch gefühlten Katalonien (Barcelona) herrschen. Die Militärpartei dagegen ist nicht nur diesen autonomistischen Bestrebungen feindlich gesinnt, deren Unterdrückung ihre Hauptaufgabe im Innern ist, sondern sie ist auch aus militaristisch-imperialistischen Gründen für die rücksichtslose Durchführung möglichst weitgehender Kriegsziele in der spanischen Einflusssphäre Marokkos oder gar darüber hinaus, unbekümmert um die wachsenden Lasten finanzieller Art, um die steigenden Opfer an Menschenmaterial und um etwaige außenpolitische Komplikationen mit Frankreich. Das ist die Ursache des jetzigen Putsches.

Die spanischen Militaristen stützen sich nicht auf eine bestimmte politische Partei, denn sie haben ihre eigene Politik. Ihre Stellung zum Königshaus ist im allgemeinen loyal, zumal der König letzten Endes den Forderungen der Juntas entgegenzukommen pflegt. Der Führer des jetzigen Aufstandes, der Generalkapitän von Barcelona Primo de Rivera, soll sogar ein besonderer Günstling Alfons XIII. sein. In hiesigen spanischen Kreisen hält man es daher für möglich, daß es dem König gelingen wird, durch persönliche Einflüsse die aufständischen Generäle zur Reue zu bringen. Das würde übrigens in seinem Interesse liegen, denn, ist erst der Bürgerkrieg in Spanien im Gange, so kann niemand wissen, was in den heutigen Zeiten daraus für das Land und für die Dynastie alles noch werden wird.

Ueber Vorgeschichte und Charakter des Putsches veröffentlicht folgende Madrider Eca-Meldung:

Im Anschluß an die Sitzung des Ministerrats wurde eine Note veröffentlicht, die eine Depesche des Generalhauptmanns von Katalonien wiedergibt, in der die Möglichkeit ins Auge gefaßt wird, den Belagerungszustand in Spanien zu proklamieren. In diesem Falle, so behauptet der Generalhauptmann, wäre es für das Wohl des Vaterlandes besser, wenn das augenblickliche Kabinett einem anderen Platz mache. Der Generalhauptmann, so fügt die Note hinzu, verlange die Proklamation des Kriegszustandes und die eventuelle Unterstützung der Garnisonen der anderen Provinzen, um die Ordnung in Barcelona aufrechtzuerhalten. Auf diese Forderung antwortete die spanische Regierung, daß sie auf dem Posten bleiben werde, den ihr das Land anvertraut habe, und daß sie nur der Macht weichen würde. Hier herrscht die Meinung, daß der Generalhauptmann von Katalonien die separatistische Bewegung nur zum Vorwand genommen habe, um den Willen der Militärs dem erst kürzlich umgeformten Kabinett aufzuzwingen. Es wird daran erinnert, daß General Primo de Rivera, Generalhauptmann von Katalonien, sich erst kürzlich gegen die Ausgabe der militärischen Depeschen in Marokko ausgesprochen hat.

Niedererkämpfung!

Madrid, 13. September. (Eca.) Der Generalhauptmann von Katalonien hat dem König telegraphisch aufgefordert, sich der Politik zu entziehen, die das Land dem Ruin entgegenführt. Der Ministerrat ist derselben Nacht um 3 Uhr zusammengetreten und hat wichtige Entscheidungen getroffen. Man hat ein Geschwader vor Barcelona geschickt. Der König fährt nach Madrid zurück. Das Gerücht ist im Umlauf, daß die Garnisonen von Bilbao und Saragossa sich der Bewegung der Garnison von Barcelona angeschlossen haben.

Die Madrider Garnison regierungstreu.

Madrid, 13. September. (U.) Der Militärgouverneur von Madrid erklärte Journalisten, die Regierung habe ihn um seine Ansicht über die Haltung der Garnison von Madrid gebeten. Er habe erklärt, daß die Soldaten bereit seien, für die Ordnung zu sorgen. Die Regierung könne sich auf diese Truppen verlassen.

England und die Fühlungnahme.

Waldwin und Curzon peinlich berührt?

London, 13. September. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Nicht zu verstehen sei die Vorherige Meldung, nach der die britische Regierung Berlin angetreten habe, separate Verhandlungen mit Frankreich anzuknüpfen. Waldwin und Lord Curzon hätten immer wieder betont, daß die britische Regierung die Reparationsfrage als eine Frage ansehe, die gemeinsam von allen Alliierten mit Berlin geregelt werden müsse und nicht nur von einem oder zweien von ihnen. Der Berichterstatter hebt hervor, daß Poincaré auf der Einstellung des passiven Widerstandes und der Aufrechterhaltung direkter militärischer und wirtschaftlicher Kontrolle über die Ruhr- und Rheinländer bestche, während Stresemann kaum weniger hartnäckig sei in seiner Weigerung, den passiven Widerstand einzustellen, es sei denn gegen eine baldige Räumung des Ruhrgebietes. Es könne sein, daß die französischen Industriellen versuchen würden, einen Druck auf Frankreich auszuüben, daß es seine Ansichten zu ihren Gunsten ändern solle.

England unterliegt in der Botschafterkonferenz.

Paris, 13. September. (Eca.) Die Botschafterkonferenz trat heute 7 Uhr zusammen. Durch den italienischen Botschafter Baron Vezzano ließ Mussolini (der hier zugleich Partei und Richter ist. Red.) erklären, daß er seine Note im Interesse des Friedens und aus dem Wunsch heraus formuliert habe, einen Konflikt zu vermeiden. Die von Mussolini aufgestellten Bedingungen riefen die Opposition des Vertreters Englands, Lord Crewe, hervor. Es kam zu einer lebhaften Diskussion zwischen den beiden Botschaftern, die sich über zwei Stunden ausdehnte und nach der die Vorschläge Mussolinis angenommen wurden. Die Botschafterkonferenz hat danach beschlossen, daß Italien Korfu am 27. September räumt, wenn die Arbeiten der Untersuchungskommission dann beendet sind. Wenn die Schuldigen nicht verhaftet sein sollten, und wenn es sich herausstellen sollte, daß dies auf Nachlässigkeit Griechenlands zurückzuführen ist, soll Griechenland eine Strafe von fünfzig Millionen Lire zahlen. Jedenfalls gehen die Besatzungskosten in Korfu zu Lasten Griechenlands; ihre Höhe wird das Haager Schiedsgericht festsetzen. Diese Entscheidungen wurden in einer Note festgelegt und eine Kopie wurde zur Information dem Bötterbund übersandt.

Die Mark in New York.

In New York blieb die Mark gestern auf ihren vorgetragenen Stand. Die Schlagnotierung, umgerechnet auf die Berliner Parität, stellte sich nach dem Geldkurs auf 114,38 Millionen Mark, nach dem Briefkurs auf 100 Millionen Mark je Dollar.

Der Kampf um die Währung.

Agrarische Sonderwünsche.

Der Kampf um die Währung tritt in ein entscheidendes Stadium. Ohne die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels ist ein Ausweg aus dem Währungssektor mit seinen vernichtenden Folgen auf Warenmarkt und Produktion nicht mehr zu sehen. Die Not der Arbeiterklasse wächst mit jedem Tag. Zu einer geradezu irrsinnigen Teuerung, die die Kaufkraft des Lohnes innerhalb weniger Tage halbiert und viertelt, gesellen sich die Störungen im Warenabsatz, die allerwärts zu Arbeitseinschränkungen und Betriebsstillegungen führen. Mit Recht fordert die Arbeiterschaft, daß willkürliche Einschränkungen der Produktion mit allen Nachteilen entgegengesetzt wird. Aber eine Polizeidiktatur allein kann die Schote nicht wieder zum Rauchen bringen. Es bedarf einer Neuaufrichtung des ökonomischen Fundaments. Ohne ein wertbeständiges Geld muß auch die Lebensmittelversorgung der Großstädte und der Industrieregionen den schwersten Stürmen ausgesetzt sein. Nicht nur, daß die Warenpreise sich entsprechend dem Dollar erhöhen, heute werden, da es an einem festen Wertmaßstab fehlt, willkürliche Entwertungszuschläge zu den Warenpreisen genommen, so daß die Preiskurve jeden Augenblick trotz Devisenhauhe über den Weltmarktpreis hinauszuschneiden droht. Das ist ein ungesunder und unhaltbarer Zustand. Mindestens für die Großwirtschaft, für die Produktion und für den Großhandel muß ein wertbeständiges Geld geschaffen werden, solange weitergehende Maßnahmen nicht möglich sind.

Die amtlichen Ankündigungen über die bevorstehende Schaffung einer Goldnotenbank lassen darauf schließen, daß man die Errichtung einer neuen Goldwährung neben der Papiermark beabsichtigt und daß man außerdem den Kurs der Papiermark stützen will, um eine gewisse Stabilität der Wirtschaftsverhältnisse zu erreichen. Die Einführung einer allgemeinen Goldwährung ist nicht möglich, so lange der Staatshaushalt nicht balanciert ist. Daran ist aber nicht zu denken, ehe eine vernünftige Lösung des Ruhrkonfliktes gefunden ist und in der gesamten Ausgabewirtschaft des Staates wesentliche Ersparnisse erzielt sind. Die Einführung einer derartigen Parallelwährung bleibt, soweit man bisher übersehen kann, als einziger Ausweg. Es erscheint utopisch, aus der Wirtschaft diejenigen Devisenmengen herausziehen zu können, die notwendig sind, um damit ein Goldgeld für die gesamte Wirtschaft zu schaffen. Die Angebote, die aus Industrie und Handel dazu vorliegen, sind viel zu gering im Verhältnis zum Zahlungsmittelbedarf der deutschen Volkswirtschaft, und daß es gelingen sollte, mit Zwangsmahnahmen so viel Devisen aufzubringen, um damit eine Goldwährung zu errichten, die für alle gleichmäßig gilt, scheint zum mindesten fraglich.

Nun liegen aus Interessententreiben Vorschläge zur Sanierung der Währung vor, die wenigstens den Versuch andeuten, wie man eine neue Währung schaffen könnte. Eine besondere Rolle spielt unter ihnen der Vorschlag Helfferichs, der eine neue Währung auf dem Roggenpreis aufbauen will. Der Vorschlag des Herrn Helfferich ist abgelehnt aus naheliegenden Gründen. Einmal bringt er für die Deckung nur eine Grundlage, die selbst aus Papier besteht, nämlich Roggenrentenbriefe. Da sich der Marktwert von Rentenbriefen aber ohnehin nach den Schwankungen der Konjunktur richtet, ist von vornherein anzunehmen, daß der Kurs eines solchen Roggengeldes gegenüber dem Ausland nicht aufrechterhalten werden könnte, wenn große Schwankungen der Konjunktur eintreten. Es kommt hinzu, daß bei der Schaffung großer Mengen derartiger Hypothekenbriefe die Gefahr einer Kursstimmung sehr groß ist und daß diese das Schicksal ähnlicher Geldsurrogate teilen, wie sie in früheren Währungsreformen aufgetaucht sind, nämlich vollkommen entwertet zu werden. Ist so schon die Grundlage des Roggengeldes brüchig, so ist die Anlehnung des Wertes der Schuldmittel und des auf ihnen beruhenden Währungsgeldes an den Roggen noch bedenklicher. Der Preis des Roggen kann durch spekulative Manöver gegenüber anderen Warenpreisen leicht erhöht oder gesenkt werden. Darum haben sich auch viele Sachverständige gegen das Roggengeld ausgesprochen. Es ist besonders den deutschen Landwirten, die durch Kriegswirtschaft und Landbündpropaganda sehr viel gelernt haben, leicht zuzutrauen, daß sie, wenn der Wert eines solchen Roggengeldes gegenüber anderen Waren fällt, weniger Roggen auf den Markt bringen, sondern ihn erst einmal durch den Tiermagen schiden und dafür Fleisch verkaufen oder im Laufe der Zeit auch die Anbaufläche für Roggen einschränken; dann steigt der Roggenpreis, und die Währung wird zum Spielball von Interessententreibereien.

Alle diese Einwände wären stichhaltig genug, um den Plan Helfferichs abzulehnen. Herr Helfferich aber, der den Grund zu diesem ganzen Währungssektor mit seiner verfehlten Kriegsfinanzpolitik gelegt hat, kann sich mit einer derartigen sachlichen Erledigung seines Vorschlages nicht beruhigen und wendet sich an die Öffentlichkeit, um ihn weiter zu pro-

pagieren. Dabei entschüpft ihm dieses wertvolle Eingekändnis:

„Anzweifel ist durch die Rede des Reichszanklers die Rückkehr auf die von mir vorgeschlagene Grundlage aufs äußerste erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden. Denn das Angebot des Reichszanklers an die Reparationsgläubiger, das diesen eine erste Hypothek auf alles deutsche Privatvermögen in Aussicht stellt, ist geeignet, die Grundlage für die Schaffung eines real fundierten Geldes zu zerstören.“

Man sieht, wie der Hase läuft: Um die Landwirtschaft von den Reparationen zu befreien, bietet man gnädigst zwei Milliarden Goldmark in Roggenanleihe an und kümmert sich den Teufel darum, wie dem deutschen Volke der Frieden erhalten bleiben soll. Mit dem Vorschlag des Kriegsgeldes will Hessefisch die Belastung der Sachwerte durch Reparationsschulden abwehren, weil natürlich eine derartige Belastung erheblich größer sein müßte.

Der schlaue Geschäftsmann, den die Deutschnationalen anderen Kreisen zuschreiben, ist bei ihnen erst recht zuhause.

Aber auch diejenigen aus unseren eigenen Reihen, die glauben, daß man über Nacht mit der Erfassung der Sachwerte eine neue Währung ohne weiteres begründen kann, sollten sich sorgfältig fragen, ob sie damit nicht dem Kapitalhandlangerdienste leisten, das sich mit derartigen Angeboten um das Hauptproblem, nämlich die steuerliche Erfassung des Sachwertes, brüden möchte. Ein Wertvolles enthält der Vorschlag Hessefischs freilich ebenso wie ein ähnlicher, wenn auch in vielen Punkten wesentlich klügerer Vorschlag des Generaldirektors Minnauz vom Stinnes-Konzern: Hat man sich nämlich bisher auf das schärfste gegen jede Belastung des Sachwertes ausgesprochen, so ist in beiden Vorschlägen das Zugeständnis enthalten, daß Landwirtschaft und Industrie durch hypothekarische Belastung oder durch unmittelbare Beteiligung des Reiches am Produktionsertrage noch ganz wesentliche Vermögenswerte dem Reiche zur Verfügung stellen können. Dieses Zugeständnis wird sich Herr Hessefisch für andere Fälle merken müssen, wenn er nicht daran erinnert werden will.

Den Agrariern aber ist es gleich darum zu tun, ganze Arbeit zu machen. Eine wesentliche Vorbedingung für die Pläne der Regierung ist, daß es nach Einführung einer Goldnote gelingt, den Kurs der Papiermark zu halten, den Sturz der Mark zu bremsen. Man wird sich darüber nicht Illusionen hingeben dürfen, daß dann etwa gleich eine endgültige Stabilisierung erreicht werden könnte. So lange das Reich infolge des Ruhrabenteuers und vielleicht noch einige Zeit nach seiner Beendigung auf die Bestreitung von Ausgaben durch die Notenpresse angewiesen ist, ist ein absolut stabiler Markkurs nicht denkbar. Aber die spekulativen Treiber mit der Mark können wirksamer als bisher zurückgedrängt werden, wenn neben die wertbeständigen Anlagemöglichkeiten ein wertbeständiges Zahlungsmittel tritt. Da ein solcher Plan die Absichten der Agrarier durchkreuzt, macht jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ gegen diese Absicht Propaganda, die geradezu Wasser auf die Mühlen der auf den Niedergang der Mark spekulierenden Kreise ist:

„Die Hoffnung, daß die Papiermark noch wirklich stabilisiert werden kann, muß, soweit es sich wenigstens um irgendwie längere Zeiträume handelt, trügerisch bleiben. Einen Leichnam kann man wohl galvanisieren, aber nicht mit neuem Leben erfüllen. Bei Durchführung des Projekts Hessefisch würde eine vorläufige Erhaltung des Papiergeldes, gleichsam als behelfsmäßige Scheidemünze, eine untergeordnete Rolle gespielt haben, weil eben jeder die Möglichkeit haben würde, das Papiergeld in Roggenmark und Roggenpennig umzuwechseln. Beim Regierungsplan bekäme die Beibehaltung der Papiermark eine ganz andere, für das „Publikum“ entscheidende Bedeutung. Davon muß noch in letzter Stunde auf das entschiedenste gewarnt werden. Es handelte sich nicht einmal um die Galvanisierung einer ehrlichen Leiche, sondern um den Leichnam eines Betrügers. Hier heißt es wirklich: Was fällt, soll man noch stoßen! Begreift denn die Regierung nicht, daß das Volk nachgerade das Gefühl haben muß, daß die Papiermark die Hände unsauber macht, wenn man sie

nur ansieht? Ehe nicht mit diesem Schwindel ausgeräumt ist, wird das Vertrauen, das der geplante Goldverkehr, zumal er für die Masse des Volkes ja eben gar kein Goldverkehr sein würde, gebraucht, auf keinen Fall herzustellen sein.“

bleibt also als der Weisheit letzter Schluß: Entweder die Regierung tut unseren Willen und schafft eine Roggenwährung oder wir werden es der Papiermark schon beibringen! Eine solche Einstellung ist in der Tat geeignet, alle Pläne auf die Herbeiführung gesunderer Verhältnisse zu durchkreuzen. Denn wenn man öffentlich und alle Kreise zur Flucht aus der Mark, an der man „sich die Hände unsauber macht“, auffordert, so kann natürlich die Wirkung auf weite Bevölkerungsschichten nicht ausbleiben, insbesondere nicht auf die Landwirte, ohne deren Lebensmittellieferungen die Brotversorgung gefährdet ist.

Es ist wichtig, diese Treiberkreise der Interessenten festzustellen. Traurig genug bleibt es, daß auch jetzt noch in der höchsten Not des Volkes von gewissen Seiten die Währungsfrage zu einer Angelegenheit der Parteipolitik gemacht wird. Wenn jemand das Recht hat, die Schaffung einer allgemein gültigen Goldwährung zu fordern, so ist es die Arbeiterschaft, die unter der Geldentwertung unfähig gelitten hat und noch leidet. Wenn sie ihrerseits Experimente bekämpft, welche auch die neue Währung sofort zum Spielball gewisser Interessentengruppen machen würde, und wenn sie es der Regierung zur Pflicht macht, eine Währungspolitik zu treiben, die wirklich und ernsthaft auf die Sanierung der Wirtschaft zielt, so hat sie dazu ihre Gründe. Gegen Versuche, die Frage der Währungsgrundlage zu verquicken mit der Frage von Steuerleistungen, um sich auf diese Weise von Reparationslasten loszulösen, muß jedoch auf das entschiedenste Einspruch erhoben werden.

Sturm auf die Arbeiterrechte.

In der Nachtausgabe des von dem Schwerindustriellen Hugenberg ausgehaltenen „Tag“ wird die gleiche Melodie gepfiffen, wie kürzlich vom Hansabund, nur schon etwas deutlicher. Es wird versichert, in wirtschaftlichen und auch in politischen Kreisen trete immer stärker der Eindruck hervor, daß die Maßnahmen auf währungspolitischem Gebiet „allzu stark betrieblen“ seien, während die auf wirtschaftspolitischem Gebiet „etwas zu sehr in den Hintergrund getreten sind“. Und dann kommt die Ankündigung:

„Die Regierung wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen aus wirtschaftlichen Kreisen verschiedene Anträge erhalten, in denen die sofortige und vollständige Aufhebung der Außenhandelskontrollen und ebenso die Aufhebung der Demobilisierungsverordnungen mit den Maßnahmen für schwerverletzte Kriegsbeschädigte gefordert werden wird. Weggehend dabei ist der berechtigte Gedanke, daß an sich nur durch Steigerung der Arbeitsintensität und durch Steigerung der Ausfuhr diejenigen Devisen beschafft werden können, die zur Sicherung der Ernährung und auch zur Sicherung der Währung notwendig sind.“

Hier wiederholt sich das alte Spiel: Von irgendeiner Seite braucht nur ein Ton angestimmt zu werden und sofort fällt der ganze Chorus mit voller Kraft ein, um zu versichern, daß an dem ganzen Glend nur der Achtsundentag und die hohen Löhne schuld seien. Erst wenn vollkommene Freiheit für das Privatkapital geschaffen, dann wird alles in schönster Ordnung sein. Die Geschäfte werden blühen, die Profite werden kommen. Was aus dem wertvollsten Gut des Volkes, der menschlichen Arbeitskraft, wird — nun darüber wird Herr Hugenberg mit Hugenberg und dem Hansabund vielleicht später eine gemeinsame „Erklärung“ veröffentlichen, wenn der letzte Schwerkriegsbeschädigte wegen seiner Verdienste um das Vaterland auf die Straße gesetzt worden ist!

Wünsche der Kriegsopter.

Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat der Reichsregierung eine Reihe von Forderungen übergeben, in denen verlangt wird:

1. Sicherung einer wertbeständigen Rente.
2. Die ab-

gefundenen Empfänger einer Rente von 20 Proz. sollen durch die Gewährung eines Ausgleiches für den Schaden entschädigt werden, den sie durch die verspätete Auszahlung der Abfindungssumme erlitten haben. 3. Die in der Beamtenbesoldung möglichen örtlichen Liebertuerungszuschläge sind zur Auszahlung zu bringen. 4. Versorgungsberechtigten im Auslande ist ein Mindestmaß von Versorgungsgebühren in der Währung des in Betracht kommenden Landes festzusetzen. 5. Ausreichende Finanzierung der sozialen Fürsorge. 6. Erleichterung der Ansiedlung durch Kapitalisierung der Renten. Dabei soll die Teuerungszulage zurzeit der Zahlung der Abfindungssumme berücksichtigt werden. 7. Bau- und Siedlungsgenossenschaften sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die bei ihren Bauten Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erhalten, sind verpflichtet, einen nach dem Bedürfnis vom Reichskommissar für Flüchtlinge festzusetzenden Hundertsatz der neuen Wohnungen für solche Kriegsteilnehmer usw. freizuhalten, die aus den abgetretenen Gebieten vertrieben sind. In der gleichen Weise ist für die Rentienempfänger Vorsorge zu treffen, die nicht mehr aus dem Ausland zurückkehren können, weil sie in Deutschland keine Wohnung finden. 8. Den gemeinnützigen Siedlungsunternehmen, die auf Grund des § 1 des Reichsiedlungsgesetzes gebildet sind, ist ein Verwaltungsrat beizugeben. Ein Drittel seiner Mitglieder soll aus Vertretern der Siedlungsanwärter bestehen, die von der Reichsorganisation vorgeschlagen werden. Der Verwaltungsrat entscheidet über die Auslegung und Abgabe von Siedlungsstellen. Er ist verpflichtet, bei seinen Entscheidungen Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen sowie vertriebene Ansiedler besonders zu berücksichtigen. Für den Fall, daß die Reichsregierung diesen dringenden Forderungen nicht umgehend Rechnung tragen will, ist die sofortige Einberufung des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen für die Siedlungsvorsorge geplant.

Die Umstellung der Tabaksteuer.

Einführung der Goldwährung.

Wie die Tappsch-Korrespondenz erfährt, wird sich der Reichsrat in diesen Tagen mit einem vom Reichsfinanzministerium eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Tabaksteuergesetzes beschäftigen. Durch diesen Gesetzentwurf soll für die Tabaksteuer die Wertbeständigkeit eingeführt und der für die Zahlung der Tabaksteuer bisher gewährte Zahlungsausschub aufgehoben werden. Der Entwurf sieht vor, daß bei der Wertung der Kleinverkaufspreise in Gold die Tabaksteuer in Gold erhoben werden soll. Es sollen u. a. folgende Steuerfüße eingeführt werden: Zigaretten im Kleinverkaufspreis bis zu 2 Pf. das Stück: 4 M. für 1000 Stück; 3 Pf. das Stück: 6 M. für 1000 Stück; 4 Pf. das Stück: 8 M. für 1000 Stück; 5 Pf. das Stück: 10 M. für 1000 Stück usw., zu 30 Pf. das Stück oder mehr: 60 M. für 1000 Stück. — Zigaretten im Kleinverkaufspreis bis zu 1/2 Pf. das Stück: 2 M. für 1000 Stück; 1 Pf. das Stück: 4 M. für 1000 Stück; 1 1/2 Pf. das Stück: 6 M. für 1000 Stück; 2 Pf. das Stück: 8 M. für 1000 Stück usw., 15 Pf. das Stück oder mehr: 6 M. für 1000 Stück. — Fein geschnittener Rauchtobak im Kleinverkaufspreis bis zu 3 M. das Kilogramm: 120 M. je Kilogramm; 5 M. das Kilogramm: 2 M. je Kilogramm usw., 20 M. das Kilogramm: 8 M. je Kilogramm. — Pfeifentabak bis zu 1 M. das Kilogramm: 20 Pf. je Kilogramm; 2 M. das Kilogramm: 40 Pf. je Kilogramm; das Kilogramm oder mehr: 2 M. je Kilogramm. — Rauchtobak in Rollen oder Stangen bis zu 6 Pf. das Stück: 3 M. für 1000 Stück usw.; Schnupftobak im Kleinverkaufspreis bis zu 1 M. das Kilogramm: 10 Pf. je Kilogramm; Zigarettenpapier 2 M. für 1000 Zigarettenhälften.

Als Wertmesser für die Umrechnung soll das Goldzoll-aufgeld in Betracht kommen. Zahlungsausschub soll künftig nicht mehr stattfinden. Der Steuerwert der bis zum 15. Tage eines Kalendermonats entnommenen Steuerzeichen soll bis zum 25. Tage dieses, der Steuerwert, der in der 2. Hälfte eines Monats entnommenen Steuerzeichen bis zum 10. Tage des nächsten Monats von den Steuerpflichtigen eingezogen werden. Wird die rechtzeitige Zahlung wiederholt veräumt, oder liegen Gründe vor, die die Zahlung gefährdet erscheinen lassen, so kann Zahlung oder Sicherstellung bei Uebergabe der Steuerzeichen gefordert werden. Für den Uebergang sind Zahlungsleistungen vorgesehen.

Der falsche Alexander.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Wenn — wie es 3. B. kürzlich in Chemnitz geschah — die linksgerichtete Mehrheit eines Stadtparlaments als Bürgermeister seinen Juristen wählt, sondern einen Mann aus dem Volke, der sich die notwendigen Kenntnisse auf einem anderen, als auf dem früher allgemeinmachenden Wege durchs Gymnasium und durch den juristischen Teil der Universität angeeignet hat, dann schreien gewisse Kreise Mord und Brand. Sie vergessen aber, daß auch im alten Staat ein Richterjurist Bürgermeister werden und sein Amt vorzüglich verwalten konnte. Das hat der „Holl Alexander“ bewiesen, der vor 10 Jahren ungeheures Aufsehen erregte, und an den nicht oft genug erinnert werden kann.

1913 war in Köslin die Stelle des zweiten Bürgermeisters ausgeschrieben. Es hatten sich über 70 Bewerber gemeldet. Auf Grund der eingelangten glänzenden Zeugnisse, und weil er als äußerst tüchtiger Beamter geradezu berühmt war, wurde der Bromberger Magistratsassessor Dr. Eduard Alexander gewählt. Der neue Bürgermeister erfüllte nicht bloß die Erwartungen, die man auf ihn gesetzt hatte, sondern übertraf sie noch.

Eines Tages aber stellte sich heraus, daß der angebliche Dr. Alexander eigentlich Heinrich Thormann hieß und gar nicht studiert hatte. Sein Vater war Bahnammeister und starb sehr früh. Der Sohn kam ins Wittstättenerhaus zu Potsdam. Er bestand die Einjährigprüfung und arbeitete bei verschiedenen Behörden als Schreiber. Einer kleinen Unregelmäßigkeit in Geldsachen wegen kam er mit den Geseßen in Konflikt. Da wandelte er sich in einen Dr. Thormann, leistete an einigen Orten als Referendar unentgeltliche Dienste und erhielt dafür glänzende Zeugnisse.

Damit die Staatsanwaltschaft den gefuchten Heinrich Thormann schließlich doch noch in Dr. Thormann finden sollte, legte er sich den Namen Dr. Alexander bei und bewarb sich mit gefälschten Papieren um die Stelle eines Magistratsassessors in Bromberg. Kein Mensch merkte etwas davon, daß er gar nicht studiert hatte, sondern nur ein Schreiber war. Er erwarb sich die meiste den Ruf eines hochbegabten und tüchtigen Verwaltungsjuristen. Auch verkehrte er in den „besten Kreisen“ und heiratete schließlich die Tochter eines angesehenen höheren Beamten.

Daß sein Schwindel in Köslin ans Tageslicht kam, war keineswegs ein Verdienst der findigen Behörden. Auch hätte sich der falsche Dr. Alexander in seiner Amtsführung nicht die geringste Blöße gegeben. Er wurde vielmehr durch einen Zufall entlarvt. Der Schreiber Thormann hatte einst ein Verhältnis mit einer Handwerkerstochter. Von dem Vater borgte er Geld und zahlte es,

bevor er sich jener Strafsache wegen verduftete, nicht zurück. Der Gläubiger forschte nach dem Verbleib seines Schuldners und fand ihn ganz zufällig in Köslin als Bürgermeister wieder.

Heinrich Thormann verlor natürlich den Bürgermeisterposten, den er mit bestem Erfolg bekleidet hatte, und wurde wegen Urkundenfälschung, Betrug usw. zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Der bekannte sächsische Ministerialdirektor Dr. Wulffen, der früher Staatsanwalt war, schreibt in seiner lehrreichen Schrift „Die Psychologie des Hochstaplers“ (Verlag von Dürr u. Weber, Leipzig) über diesen Fall: „Gibt nicht der falsche Alexander mit seiner kühnen Laufbahn unserer bürokratischen Kultur einen Fingerzeig? Ist es nicht entzückend, zu hören, daß jemand, was ich schon lange behauptet habe, auch ohne Universtität und Doktorpromotion ein ausgezeichneter Jurist sein kann? Endlich eine Lösung der Juristerei aus den Fesseln der hergebrachten Junfornung, eine Freigabe der Juristerei an den gesunden Menschenverstand des Volkes, wie sie das Volksempfinden schon lange begehrt — alles dies nicht etwa geleistet von der Einsicht der Justiz und einer freibeitlichen Gesetzgebung, nein — o beglückende Ironie! — geleistet von einem Hochstapler, dem falschen Alexander!“

Der Expeditionsbericht von der Wrangel-Insel. Der Leiter der Hilfsexpedition nach der Wrangel-Insel im nördlichen Eismeer, die nur den Tod der vier dort geliebten Engländer feststellen konnte, Harold Roise, gibt im „Rundschreiber“ einen ausführlichen Bericht des Unternehmens. „Die Insel sah im Zwielicht der Dämmerung, als wir ihr uns um Mitternacht näherten, in ihrer düsteren Verlassenheit wenig einladend aus.“ schreibt er. „Beim Licht des andbrechenden Tages erblickten wir aber zu unserer Freude eine weite grasbedeckte Prärie, die bis zu den Hängen der Berge im Innern entpflanzte. Die Landschaft sah so schön aus, daß wir unsere dunklen Befürchtungen über das Schicksal derer, die wir retten wollten, verschlehten. Plötzlich erschien eine Herde von Walrossen am dem Rand des Eiseisfeldes; einige unserer Eskimos fuhren im Boot heran und löschten ein paar der Walrosse, was die übrigen Eskimos sehr freudig stimmte. Wir segelten dann bis nahe an die Küste heran, um seine Zeichen einer menschlichen Wohnung zu übersehen und kamen bis nach Rodgers Harbour, wo die vier ihre Siedlung aufgeschlagen haben sollten. Wir gingen vor Anker und sanden an einem Felsenriff die Spuren des ersten Lagers, das die Expedition auf der Insel eingerichtet hatte. Dann entdeckten wir noch die verlassenen Stätten von zwei weiteren Lagern.“

Besonders ergreifend ist die Schilderung, wie sie schließlich auf die einzig Ueberlebende der Gesellschaft stießen: „Um 8 Uhr abends konnte ich an der Bucht die Gestalt einer Frau erblicken, die zum Wasser herabkam. Es war Ida Wladjask, die ihren Mann, einen Eskimo, auf der Reise begleitet hatte. Wir steuerten sofort nach der Küste, gingen vor Anker; ich sprang in das Boot und ruderte zu ihr hin. Ich schüttelte ihr die Hand. Für einen Augenblick sprach

feiner. Dann fragte ich nach den Männern. Sie kuzzte schwer und sagte: „Es ist niemand mehr hier außer mir. Ich bin allein.“ Dann kam ein Jütlern in ihre Stimme und sie schluchzte: „Ich will heim zu meiner Mutter. Wirst du mich mit nach Hause nehmen?“ Als ich ihr dieses zusicherte, kam ein Leuchten in ihre Augen, der starre Ausdruck ihres Gesichtes verschwand, sie taumelte vorwärts, und als ich sie in meine Arme nahm, meinte sie wie ein kleines Kind. „Ada erzählte dann von dem Tod des einen Engländers und von dem Versuch der drei anderen, über die Eisfelder nach Sibirien zu gelangen. Roise hat 13 Leute auf der Insel zurückgelassen für den Fall, daß die drei anderen Mitglieder der Expedition doch noch wieder zurückkehren.“

Die neue Operette des neuen Operettentheaters. Als ob Berlin noch nicht Operettentheaters genug hätte, ist das Theater in der Kommandantenstraße, einst die Stätte des jüdischen Schwantes und dann des ersten Dramas, nunmehr auch zur leichtbeschwingten Muse desertiert. Die Eröffnung in dem strahlend auf neu hergerichteten Hause war vielversprechend. Nur ein Generalfehler ist abzulesen: die Sache dauerte vier Stunden — zwei zu viel. Das Publikum, das offenbar das jüdische Neujahrsestern und dem neuen Unternehmen zu einem Erfolg verhelfen wollte, verlangte alle Nummern dreimal und brachte das amüsante, aber an sich zu lange Stück so um ein gut Teil seiner Wirkung. In „Charlie“ ist dem Textdichter Okonowski wirklich einmal etwas Neues eingefallen; er bringt die Welt eines Knaben-erziehungsanstalts und eines Kabarets zusammen und erzielt so durch Vermittlung der Tänzerin Charlie, die in einen der Lehrer, ihrem nächsten Tanzpartner, verliebt ist, die nettesten Situationen. Die Musik von Walter Goehe hat anständiges Niveau, die Tänze und die sentimentalen Schlager sind sehr hübsch instrumentiert und ein paar Einlagen sind schöne Delikatessen. Fürs Auge wurden farbige Genüsse der Ausstattungen und allerlei Tanzentzückungen reichlich ausgedient.

Der Erfolg des Abends war die Charlie. Hella Kürty spielt, singt, tanzt mit gleichem Charme, immer gleich lustig und temperamentvoll. Der sentimentalen Rolle der unbeliebten Frau lieb Käthe Mann ihr sympathisches Organ. Friz Langendorf (als Schuldirektor mit verpöhtem Frühlingstrieb und Grotesk-länger), Georg Alexander (als Tanzlehrer und Liebhaber) und Karl Wallauer (als ergötliches Original eines Rebells) sorgten für fröhliche Kurzwelt. Reizend der Chor der Schüler, die außer dem langen Lulack von Mädchen gegeben wurden. Das Orchester hielt sich unter des Direktors Weiner Leitung vorzüglich. Zum Schluß schien in dem zum Blumenladen umgewandelten Theater eine rechte Familienfeier auszubrechen.

Schlüsselzahl im Buchhandel ist ab 14. September 12 Millionen. In den Kammerjahren ist die Vermehrung des Einzel- und Doppel- und a e d e n e w a s t auf Mittwoch, 19. Sept., verfallen. Stasi dessen: Frühlingserwachen.

Russische Kulturbudget. Durch eine staatliche Beschaffung werden 76 wissenschaftliche Institute und 206 Museen in das russische Staatsbudget eingezogen.

Der Konflikt Geßler—Zeigner.

Der sächsische Ministerpräsident wollte bekanntlich vor wenigen Tagen zu einer Besprechung mit der Reichsregierung in Berlin, um den Konflikt mit dem Reichswehrministerium nach Möglichkeit auf friedliche Weise aus der Welt zu schaffen. Im Verlauf der mehrstündigen Besprechungen wurde vereinbart, zunächst dem Gesamtkabinett die Angelegenheit zu unterbreiten. Das ist am Donnerstag geschehen. Die Regierung wird wahrscheinlich eine Erklärung veröffentlicht, in der sie jede Verbindung der Reichswehr mit illegalen Organisationen auf das strengste untersagt und den Geheimbünden schärfsten Kampf ankündigt.

Teuerungsunruhen in Beuthen.

Beuthen (Oberschl.), 13. September. (WIZ.) Infolge der außerordentlichen Preissteigerungen fanden heute mittag große Demonstrationen statt. Verschiedene Aushäufungen wurden von der Menge gezwungen, die Waren zu bedeutend herabgesetzten Preisen abzugeben. Vereinzelt wurden auch Waren ohne Bezahlung genommen. Die Polizei konnte die Ruhe vorübergehend wiederherstellen. In den Nachmittagsstunden nahmen die Demonstrationen größeren Umfang an. Die Menge drang an verschiedenen Stellen der Stadt in die Geschäfte ein und versuchte zu plündern. Hierbei wurden auch Schaufenster eingeschlagen. Auf dem Platz versuchte die Menge die Polizei ins Rathaus zu drängen und zu entwaffnen. Nachdem einzelne Schupoemann tüchtig angegriffen worden waren, wurden in der Notwehr etwa 50 Schüsse abgegeben. Hierbei wurden, obwohl die Schupoemann meist in die Luft schossen, ein Arbeiter durch einen Kopfschuss getötet, ein anderer Demonstrant durch Kopfschuss so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Zwei weitere Personen erlitten leichtere Verletzungen. Hierauf wurden die Straßen abgesperrt und die Demonstranten in die Nebenstraßen abgedrängt. Etwa zehn Personen wurden verhaftet. Kurz nach sieben Uhr ließen erneut Schüsse im Stadtzentrum.

Beuthen, 13. September, 8 Uhr 30 abends. (WIZ.) Die Stadt ist jetzt ruhig, nachdem die Hauptstraßen durch blindes Schnellfeuer aus Panzerautomobilen gesäubert sind. Die Demonstrationen in den Nebenstraßen abgedrängt worden sind. Verschiedentlich wurden noch im Laufe des Abends Schaufenster eingeschlagen. Zu Plünderungen kam es aber nicht. Auch mehrere Verhaftungen wurden noch vorgenommen. Der private Telephonverkehr ist gesperrt worden.

Bayern und die Monarchie.

München, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Das führende Organ der Bayerischen Volkspartei in München, der „Bayerische Courier“, befaßt sich am Donnerstag in einem Leitartikel mit der letzten Rede des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht. Er schreibt: „Man sagt gewiß nichts Neues, wenn man feststellt, daß die erdrückende Mehrheit des bayerischen Volkes der Monarchie als Staatsform den Vorzug gibt. Das bayerische Volk will aber den revolutionären Rechtsbruch von 1918 nicht durch einen neuen ersetzen, sondern verfolgt sein monarchistisches Ziel auf verfassungsmäßigem Wege. Der Kronprinz als der rechtmäßige Erbe des letzten rechtmäßigen bayerischen Königs ist nach dem Willen der bayerischen Volksmehrheit Leiter des bayerischen Staates für den Fall, daß die Wiedereinführung der Monarchie auf verfassungsmäßigem Wege möglich ist. Er allein ist der Führer, den die bayerischen Volksgenossen in freier Führerwahl anerkennen würden.“ U. a. warnt das Blatt in recht kräftiger Sprache vor den vielen Scheinführern, die heute um die Gunst des Volkes buhlen und weist dabei in nicht mißzuverstehender Weise auf alle die weißblauen und schwarzweißroten Herrschaften von Rohr bis zu Hitler und Ludendorff hin.

München, 13. September. (WIZ.) Der Arbeitsausschuß der Landesparlamentarier der Bayerischen Volkspartei faßte in einer Sitzung, die sich mit der politischen und wirtschaftlichen Lage beschäftigte, eine Entschliessung, in der es heißt: Einer auf Errichtung einer Klassenregierung hinzielenden Entwicklung setzt die Bayerische Volkspartei ebenso unbedingten Widerstandswillen entgegen, wie allen etwa beabsichtigten Eingriffen in den Hoheitsbereich der eigenen bayerischen Staatlichkeit. Auf wirtschaftlichem Gebiet fordert der Arbeitsausschuß rücksichtslose Durchführung jener Maßnahmen, welche im Verein mit den Koalitionspartnern die Staatsregierung in Aussicht genommen hat. Der Arbeitsausschuß erwartet von der Staatsregierung, daß sie in jenen Fällen, in denen sie beim Reiche die Einleitung der ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Not nicht erreichen sollte, aus eigenen Rechten wirksamst handelt, um der Not in Bayern zu steuern.

München, 13. September. (WIZ.) Die Koalitionsparteien des bayerischen Landtags sind zu einer dreistündigen Besprechung zusammengetreten, an der auch das Gesamtkabinett teilnahm. Gegenstand der Besprechung war die politische Lage im Reich und in Bayern.

Zu der von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten Meldung aus Dresden, daß der bayerische, frühere kommunistische, jetzt sozialdemokratische Landtagsabg. Graf als Mitarbeiter an die sächsische Gesandtschaft in München berufen worden ist, wird inoffiziell mitgeteilt, daß die bayerische Regierung sich keinesfalls mit der Berufung einverstanden erklärt hat.

Völkischer Verleumder.

München, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Frühjahr dieses Jahres hatte die Sozialdemokratische Partei Münchens Volksversammlungen unter dem Titel „Volk in Not“ veranstaltet, was den „Völkischen Beobachter“ zu mühen Anlässen gegen die Sozialdemokratie veranlaßte. U. a. schrieb er: „Eine frechere Verhöhnung des „Volkes in Not“ ist nicht zu denken, als daß dieselben Lumpen, die das Volk in diese Not gestürzt haben, jetzt noch öffentlich das Maul aufreißen, um sich ihres Verbrechens zu rühmen.“ Wegen dieser Verleumdung erhob die sozialdemokratische Parteiführung Klage wegen verleumderischer Beleidigung gegen den damaligen verantwortlichen Schriftleiter des „Völkischen Beobachter“, Dietrich Eckardt, der sich in Tirol vor dem Staatsgerichtshof verborgen hält. Das Gericht verurteilte den tapieren Halenkreuzler zu einer Geldstrafe von 10 Millionen Mark und Freigabe der Kosten.

Hindenburg, der sich seit Wochen im Exil, eine Wohnstunde südlich von München, aufhält, hat neuerdings Ludendorff in seiner hiesigen Villa besucht. Kenntnis davon hatten in der Hauptsache nur die Halenkreuzler, die zum Empfang die „Jugendgruppe Koffsch“ Spalier stellen und dabei einige völkische Gedichte vortragen ließ. Auch die Behörden waren unterrichtet, denn zwei Mann Landespölyzei in Paradeuniform fanden am Villeneingang Ehrenwache.

Aufhebung der Außenhandelsstellen.

Ein Gutachten des Reichswirtschaftsrats.

Trotz des lebhaften Einspruchs der Arbeitnehmer gegen eine Aufhebung der Außenhandelskontrollen hat der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates mit 19 gegen 8 Stimmen eine Entschliessung gefaßt, welche praktisch auf die Aufhebung der Ausfuhrkontrollen hinausläuft. Entsprechend den Gutachten eines Unterausschusses soll fortan die Ausfuhrabgabe allgemein beseitigt werden. Die Preisprüfung, die jeder Ausfuhrbewilligung bisher vorausging, um eine Verschleuderung von Waren an das Ausland zu verhindern, wird jetzt als überflüssig erachtet und bei Fertigfabrikaten sofort beseitigt werden. Beibehalten für Rohstoffe und Halbfabrikate soll die Ausfuhrkontrolle bestehen bleiben, soweit das im Interesse der weiterverarbeitenden Industrie erforderlich ist. Was an Ausfuhrkontrollen noch bestehen bleibt, geht nach Auflösung der Außenhandelsstellen auf den Reichsausschuß für Ein- und Ausfuhrbewilligung über. Die Erhebung des Preisbeitrags soll nur noch auf dem Wege des Markenbeitrags vorgenommen werden. Wichtig sind folgende Teile der Resolution:

„Der Ausschuß ist einstimmig der Ansicht, daß die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit Handel und Konsumanten, wie sie in den Außenhandelsauschüssen auf wirtschaftlichem Gebiete durchgeführt wurden, auch in Zukunft im Interesse der deutschen Wirtschaft in anderer Form erhalten bleiben und zweckmäßig nicht auf Fragen des Außenhandels beschränkt bleiben soll. Es sind in Angelegenheiten an den Reichswirtschaftsrat für die Wirtschaftsgebiete Sachausschüsse zu bilden, die gegenüber den Behörden als die Nachvertretung des zuständigen Wirtschaftsgebietes gelten und zur Mitwirkung bei besonderen Fragen der Wirtschaft auf diesen Hochgebieten herangezogen werden.“

Die bestehenden Arbeitsausschüsse der in Fortfall kommenden Außenhandelsstellen sollen nicht zu einem früheren Zeitpunkt aufgelöst werden, bis die vorgenannte Neuregelung erfolgt.“

Demnach soll die Zusammenarbeit der Hochgruppen, wie sie in den Außenhandelsstellen entstanden sind, bleiben.

Gegen die Aufhebung der Ausfuhrabgaben und die radikale Beseitigung der Preisprüfung für den größten Teil von Waren ist nach wie vor Einspruch zu erheben. Noch immer bleiben die Löhne hinter den Warenpreisen derart zurück, daß den Unternehmern, die gegen hochwertige Waren ins Ausland exportieren, auf Kosten der Arbeitskraft riesige Gewinne erwachsen. Diese müßten durch die Ausfuhrabgabe ersetzt werden. Die Beseitigung der Preisprüfung aber birgt neben anderen Gefahren den schweren Nachteil, daß sich binnen kurzem nicht mehr wird überlegen lassen, einen wie hohen Teil des Exporterlöses in fremder Valuta man für die Allgemeinheit nutzbar machen kann. Das ist gerade in einer Zeit stärksten Devisenbedarfs des Reiches höchst bedenklich.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Vorkonferenzrat lehnte vor Beginn der Sitzung einen deutschen nationalen Antrag ab, wonach am Freitag eine große politische Aussprache stattfinden sollte. Namentlich wird der Freitag sühnig frei bleiben und die Arbeiten des Parlaments sollen am Dienstag nächster Woche abgeschlossen werden. Der Landtag will sich sodann bis zum 16. Oktober vertagen.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung beantragte wiederum Abg. Kah (Komm.) die Vorwegberatung der kommunistischen Anträge auf Beseitigung der politischen Lage und auf Festlegung des Termins für die Gemeindevahlen auf den 18. November. Die Beratung der Anträge scheiterte jedoch an dem Einspruch des Hauses.

Abg. Graf-Anklam (Dnat.) kündigte für den Schluß der gestrigen Sitzung den Antrag an, für heute eine politische Aussprache anzusetzen und legte gleichzeitig Verwahrung ein gegen die beabsichtigte Vertagung bis zum 16. Oktober, die mit der Spannung der politischen Lage nicht vereinbar sei.

Zu erregten Protesten der Kommunisten kommt es, als ein weiterer kommunistischer Antrag, der die Abschaffung von Kommunisten im besetzten Gebiet zum Gegenstand hat, von der Mehrheit des Hauses nicht zur sofortigen Beratung zugelassen wird.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein. Nach kurzer Aussprache ergibt eine Wiederholung der Abstimmung über ein Gesetz betr. staatliche Verwaltungsgebühren, gegen das der Staatsrat Einspruch erhoben hat, im Hammelsprung mit 200 gegen 88 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, die Annahme.

Das Haus tritt sodann in die erste Beratung des Entwurfs eines preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz ein. Der Entwurf ist veranlaßt durch das im Reich erlangene Finanzausgleichsgesetz vom Juni 1923, das eine endgültige Lösung für den Ausgleich zwischen Reich, Staat und Gemeinde nicht gebracht hat, sondern sich neben formellen und technischen Verbesserungen auf Eröffnung einiger neuer und Vertiefung bestehender Einnahmequellen für Länder und Gemeinden beschränkt hat. Die Vorlage wird nach kurzer Debatte dem Ausschuß überwiesen.

Abg. Graf-Anklam (Dnat.) beantragt, die nächste Sitzung am Freitag abzuhalten, um über die politische Lage und den Termin für die Kommunalwahlen zu beraten.

Abg. Sobottka (Komm.) beantragt wiederum, die kommunistischen Anträge am Freitag zu verhandeln.

Abg. Dr. Halle (D. Sp.) erklärt das Verhalten und die Ausführungen der Deutschnationalen für nichts anderes als Parteipolitik (große Unruhe rechts) und daß seine Partei in heißem Ringen für das Vaterland eintreten werde, wenn die Stunde der Befreiung geschlagen habe.

Die Anträge werden abgelehnt und die nächste Sitzung auf Sonnabend 11 Uhr anberaumt (Übertragung staatlicher Elektrizitätsarbeiten an eine Aktiengesellschaft; kleinere Vorlagen). Schluß 7 Uhr.

Von der Deutschnationalen Volkspartei ist im preussischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht worden: Die Haltung der Reichsregierung gegenüber Frankreich rückt die Gefahr einer Aufgabe des Widerstandes an Ruhr und Rhein durch eine verheerende Kapitulation und damit auch des Verlustes der deutschen Souveränität in diesen Gebieten in unmittelbare Nähe. Durch diesen Verlust würde wiederum Preußen betroffen, und diesmal in seinen staatlichen und wirtschaftlichen Grundlagen aufs schwerste erschüttert werden. Was hat die preussische Staatsregierung getan und was gedenkt sie weiter zu tun, um diese Gefahr von Preußen abzuwenden?

Befassungschonik.

Dortmund, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Besatzung schloß am Mittwoch sämtliche Räume des sozialdemokratischen Parteibüros aus an unbestimmte Zeit. Auch das im gleichen Hause befindliche Sekretariat der Partei wurde von dieser Maßnahme betroffen.

Münster i. W., 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf den von den Franzosen in Betrieb genommenen Jochen Viktor und Jern bei Raurer ist es am 11. und 12. September zu mehreren Unglücksfällen gekommen. Am 11. September verunglückten acht Arbeiter, die im Solde der Franzosen waren, tödlich. Am 12. September ereignete sich auf der Höhe Viktor, Schacht 3 bis 4, eine Schlagwetterexplosion, bei der nach eingegangenen Nachrichten 40 Mann getötet wurden, darunter der als Geisel eingeschleppte

Oberfeldger Schulte. Auf Viktor I—II ist am 12. September ein Förderseil, wobei vier Arbeiter tödlich verunglückten.

Berne, 13. September. (WIZ.) Ein Teil der auf Jochen Julia in Baulau untergebrachten Mannschaften des 17. französischen Jägerbataillons meuterte. Sie warfen die Schieberhäuser um, zerschlugen die Stacheldrahtverhaue und warfen die Gewehre fort.

Reichsrat und Erwerbslosenfrage.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag in zwei Sitzungen mit der Frage der Erwerbslosenfürsorge, an deren zweiter auch der Finanzminister selbst teilgenommen hat. Zwischen den Ausschußmitgliedern und der Reichsregierung ergab sich Übereinstimmung darüber, daß gegen die Fortsetzung der Arbeitslosenunterstützung, die nur als vorübergehende Maßnahme gedacht war, große Bedenken finanzieller und politischer Art beständen. Die Zahl der Erwerbslosen ist, wie der Berichterstatter, Ministerialdirektor Fried, hervorhob, von 185 000 am 1. Juli auf 300 000 am 1. September gestiegen und es steht noch eine ganz gewaltige Steigerung in Aussicht. In Sachen soll stellenweise die Hälfte aller Betriebe stillgelegt werden. Auch die Höhe der Unterstufungen ist entsprechend der Geldentwertung ständig gewachsen. Während am 31. Juli ein erwachsener männlicher Arbeiter mit eigenem Haushalt im Fall der Erwerbslosigkeit 33 000 M. erhielt, ist diese Summe seit dem 12. September auf 7 1/2 Millionen gestiegen. Eine Familie bestehend aus Mann, Frau und zwei Kindern bezog in voriger Woche 4 1/2 Millionen Mark täglich, in dieser Woche 14 Millionen Mark. Die Gesamtausgaben des Reiches für die Erwerbslosenfürsorge beliefen sich in voriger Woche täglich auf zwei Billionen Mark, in dieser Woche sind sie bereits auf 6 Billionen Mark täglich

gestiegen. Wie lange die Zahlungen in dieser Weise möglich sein werden, ist nach der Meinung des Berichterstatters in höchstem Maße zweifelhaft. Die politischen Bedenken sind im wesentlichen darin zu sehen, daß infolge der Unterstufung die Arbeitslosen sich nicht energisch genug um Ausfindigmachung einer neuen Arbeitsstelle bemüht haben. Andererseits sind auch Mißbräuche vorgekommen. Schließlich haben radikale Elemente die Gelegenheit benutzt, wenn sich bei den Meide- und Jagdstellen die Erwerbslosen in großen Mengen sammeln die Rassen aufzuheben. Nach längeren Beratungen haben die Ausschüsse sich auf folgende Resolutionen geeinigt: Die Reichsregierung zu eruchen:

1. im Reichstag auf schnellste Verabschiedung des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung hinzuwirken;
2. eine produktive Arbeitslosenfürsorge schnell und nachdrücklich zu fördern und dabei der Förderung des Wohnungsbaues besondere Aufmerksamkeit zu schenken;
3. ausweichende Mittel zur Durchführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu stellen;
4. durch jede geeignete Maßnahme der Stilllegung von Betrieben entgegenzuwirken.

Die Vollerammlung schloß sich diesen Resolutionen an. Angenommen wurde ferner u. a. eine Verordnung über Ablieferungspläne von Devisen, die auf Grund des Notgesetzes erlassen ist. Hierzu erklärte auf Verlangen der Anwesenden ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums: „Die Reichsregierung wird veranlassen, daß der Kommissar für Devisenerfassung gleichzeitig mit der Verordnung Ausführungsbestimmungen erläßt, die hinsichtlich des Prozenzfußes der abzuliefernden Devisen grundsätzlich der bestehenden Zustand aufrechterhalten wird, insbesondere Exporteure, die zufließende ihre inländischen Lieferanten in Devisen bezahlen, von der Ablieferungspflicht insoweit befreit werden; an ihrer Stelle werden die inländischen Lieferanten ablieferungspflichtig gemacht werden.“

Wirtschaft

Ruhrkampf und Außenhandel.

Auch im Juli 1923 stand der deutsche Außenhandel im Zeichen des Ruhrkampfes und aller damit zusammenhängenden Ereignisse. Die noch immer andauernde Besetzung der Zollstellen und die Vertreibung der Beamten hat die Außenhandelsstatistik wie in den vergangenen Monaten d. V. lückenhaft gemacht. Alle Zahlen, die gegeben, und alle Vergleiche, die mit früheren Monaten und mit dem Vorjahre angestellt werden, unterliegen daher diesem Vorbehalt. Es betrug die

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Juli	Juni	Juli	Juni
Gesamt	41 506	48 066	10 540	8897
darunter:				
Lebensmittel und Getränke	8 020	2 599	903	758
Rohstoffe u. halbfertige Waren	36 972	44 289	6 462	5283
Fertige Waren	1 500	1 217	3 174	2885

Die Folgen des Ruhrkampfes zeigen sich in der nach wie vor außerordentlich hohen Kohlen- und Koks-einfuhr. An Steinkohlen wurden beispielsweise annähernd 23 Millionen Tonnen, d. h. mehr als das Doppelte des Monatsdurchschnitts des Vorjahres eingeführt, so daß auch der Durchschnitt der sieben Monate Januar bis Juli 1923 den doppelten Betrag der Monatsdurchschnittseinfuhr des Vorjahres übersteigt. Bei Koks ist sogar die Einfuhr mit 1,9 Millionen Doppelzentnern auf fast das 8fache des Monatsdurchschnitts des Vorjahres gewachsen. Die Einfuhr von Eisen ergab sich dagegen weiter vermindert und ist mit 1 215 950 Doppelzentnern gegenüber 1 787 900 Doppelzentnern im Vormonat auf weniger als ein Siebtel des Monatsdurchschnitts des Vorjahres gefallen, der 9 178 110 Doppelzentner betrug.

Andererseits ist wiederum eine gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres stark verminderte, wenn auch gegenüber dem Vormonat eine wenig gestiegene Einfuhr an Walzwerkzeugen, Eisenwaren und Maschinen festzustellen. An Walzwerkzeugen und Eisenwaren wurden nämlich im Juli 697 930 Doppelzentner eingeführt, im Vormonat 591 710 Doppelzentner und im Monatsdurchschnitt des Vorjahres 1 930 150 Doppelzentner, an Maschinen im Juli 276 220 Doppelzentner, im Vormonat 182 470 Doppelzentner und im Monatsdurchschnitt des Vorjahres 399 140 Doppelzentner. Nicht weniger stark drückt sich der Produktionsrückgang der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie darin aus, daß die Einfuhr von Roh- und Bruchstein mit 340 880 Doppelzentnern weniger als die Hälfte der Monatsdurchschnittseinfuhr des Vorjahres (792 830 Doppelzentner), die Einfuhr von Roh- und Bruchstein dagegen mit 588 160 Doppelzentnern mehr als das Doppelte der Monatsdurchschnittseinfuhr des Vorjahres (225 660 Doppelzentner) beträgt.

Auch die Verminderung der Einfuhr an Getreide und Futtermitteln und die Erhöhung der Einfuhr von Mähdrescherzeugnissen und Fleisch verdient Beachtung, gleich der Tatsache, daß der deutsche Holzbedarf zwar im geringeren Maße als im Vormonat, aber in noch immer wesentlich höherem Umfang als im Monatsdurchschnitt des Vorjahres Befriedigung im Ausland gesucht hat.

Goldpreise für Bier. Der Verband der rheinisch-westfälischen Brauereien hat eine vollständig umrechnung der Bierpreise auf Grund der Goldmarkwährung eingeführt. Das rheinische Gastwirtsgerwe hat dagegen in einer Entschliessung protestiert.

Erhöhung des Goldzollaufgeldes auf das Fünffache. Für die Zeit vom 15. bis 18. September 1923 einschließlich des Goldzollaufgeld 1 860 000 000 Proz. gegen 245 359 900 Proz. der laufenden Woche. Die Zölle stehen damit auf dem 13 900 000fachen Vorjahresstand.

„Generalstreik“ - Nachklang im Rathaus.

Die Umgestaltung der Straßenbahn. — Eine Abfindung für die Entlassenen.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung führte eine Anfrage der Deutschnationalen zu einer langen Debatte über den verunglückten „Generalstreik“...

Die gestrige Sitzung wurde mit einer ziemlich gereizten Auseinandersetzung zwischen den Stadtv. Lange (S.) und Merien (Dem.) eingeleitet...

Generalstreiks

erwidert Stadtrat Koblenzer, der Magistrat gehe mit den Interessanten darin einig, daß es nicht angängig sei, städtische Betriebe zum Stillstand solcher Betätigungen werden zu lassen...

In der Aussprache ging nach Äußerungen von Dose (Dem.) und Frau Beuerl (Mat.) über die politische Situation, wie sie sich um den 8. August herum gestaltet hatte...

Erregung der Arbeitermassen nur zu verständlich

erscheinen. Diese Erregung legte den Kommunisten nahe, es wieder einmal mit dem Ausrufen einer Räte- oder Sowjetrepublik zu versuchen...

Unterstützung aller invalider Straßenbahner.

Kobel habe diesen Generalstreik verurteilt. Es sei durchweg so gekommen, wie er (Kobel) vorausgesetzt habe...

Streiter (D. Sp.) bedauerte den schlechten Umgangston, dessen sich Dörner bediene. Die Haltung des Magistrats gegenüber den Teilnehmern am letzten Generalstreik sei doch mindestens sehr weitherzig gewesen...

Oberbürgermeister Böß stellte aufs Bestimmteste in Abrede, daß irgend welche Entlassene in einem anderen städtischen Betriebe wieder eingestellt worden sind.

Damit schließt die Aussprache. Im Schlußwort ersucht Dr. Seitzinger in einem Ausschuß die Frage des Notarbeitsvertrages noch weiter zu verfolgen...

Um 1/8 Uhr erfolgte die Unterbrechung, gegen 1/9 Uhr die Wiederaufnahme der Sitzung. Verhandelt wurde die

Straßenbahnerfrage.

Dörner (Komm.): Warum quälen wir uns überhaupt noch stundenlang mit diesen Dingen ab, nachdem der Magistrat unsern Beschluß vom vorigen Donnerstag absolut ignoriert hat...

Oberbürgermeister Böß: Der Magistrat stand vor der bitteren Notwendigkeit, dem Beschluß der Versammlung die Zustimmung zu verweigern, wenn er nicht einen akuten Notstand über Berlin heraufbeschwören wollte...

Clasus (Soz.) verwahrte seine Fraktion gegen die von Dörner erhobenen Vorwürfe; sachlich werde ihm im Ausschuß geantwortet werden...

In später Stunde wurde noch ein Antrag der Demokraten zu den Werttarifen

angenommen. Der Antrag lautete: „Die Werttarife werden bis auf weiteres von der Wertdeputation oder dem von ihr eingesetzten Unterausschuß am Ende jeder Woche auf Grund der Selbstkosten der Werke für die nächste Woche errechnet...

Ferner soll der Magistrat ersucht werden, zu erwägen, wie den Konjunkturalen Vorauszahlungen auf ein werbeständiges Konto gesteuert werden könnten.

Dieser Antrag gelangte mit einigen vom Stadtv. v. Egner vorgeschlagenen Änderungen und Zusätzen zur Annahme. Schluß 10 Uhr.

Die Schneckenpost.

Bei dem Bettauflauf der Behörden, die dem notleidenden Reich Einnahmen verschaffen möchten, will die Post nicht zurückweichen. Auch sie geht jetzt mit Energie daran, die laufenden Gebühren mit einer für die Post erstaunlichen Schnelligkeit einzutreiben...

Wir haben unlängst hier einen ähnlichen Fall aus der Steuerverwaltung des Reiches berichtet und sind darob grob angefahren worden, weil wir offenbar nicht gewußt hätten, daß die so arbeitenden Beamten durchaus den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend gehandelt hätten...

Heute Straßenbahn 600 000 Mark.

Die Direktion der Straßenbahn hat sich genötigt gesehen, die Tarife erneut zu erhöhen. Es wurde beschlossen, für den Umfahrschein 700 000 M., für den einfachen Fahrchein 600 000 M. zu nehmen...

Für die Berliner Kohlenhilfe hat das Bankhaus Mendelssohn u. Co. einen größeren Betrag in wertbeständiger Form zur Verfügung gestellt.

Kilian.

Roman von Jakob Böhmer.

„Rien ne vas plus!“ Ein kleines Vermögen lag im Spiel. Eine Summe, die genügt hätte, aus einem Burlesken einen Arzt zu machen...

„Rouge!“ Kilian schleuderte mit seinem Eisenreden die Einsätze vor sich hin und zahlte mit sinkendem Schwung die paar Gewinne aus...

„Rien ne vas plus!“ Eine leise Alarmbude erklang: die Polizei! Schnell — schnell! Alles verließ sich eilig in den anstehenden Salon...

Kilian versank geräuschlos mit dem Roulettespiel in einen Zwischenstod. Gleichzeitig kam von oben ein neuer Fußboden für den Spielsaal; als dieser schloß, sah Kilian völlig im Dunkeln.

Nach einer langen Weile flüsterte er ängstlich den Namen Mettler. Aber er bekam keine Antwort. Er wagte sich nicht zu rühren und verging fast vor Angst...

„Ester?“ „Ja!“ „Wo?“ „Hier!“ Er tastete durch das Dunkel, am ganzen Leibe zitternd. Seine Seele war nur noch eine ängstliche, sehnüchtige Schwingung: Ester! Da berührte er sie an der Schulter...

„Komm,“ sagte sie leise! „Ester,“ flüsterte er, „ich habe Sie so lieb!“ „Fort geht.“

„Ja, siehe mit mir! Verlaß die Anarchisten! Ihr Weg ist nicht der rechte! Verlaß die Anarchisten!“

„So einer sind Sie?“ sagte sie scharf, wenn auch ganz gedämpft. „Pui, vorwärts, kommen Sie und schämen Sie sich!“ Sie zog ihn hinter sich her. Schließlich öffnete sie eine kleine Pforte, die in einen Garten ging. „So, hinaus!“ befahl sie. „Werde ich Sie wiedersehen?“

„Das weiß ich nicht.“ „Non Repos“ wird geschlossen. Wir verreisen noch heute.“ Die Türe fiel ins Schloß.

Eine graue farblose Dämmerung lag über der Vorstadt. Lautlos und versteinert standen Bäume hinter hohen Gartenmauern. Kilian legte seine Rechte ins Kreuz und stöhnte: „Man hat mir das Rückgrat gebrochen.“

Sechstes Kapitel.

Einige Tage später trat Kilian Billwanger in der Rue Morcimer in Lausanne in ein kleines Schmuckwarengeschäft. Sofort erschien aus der hinteren Türe eine zierliche, vielleicht fünfundzwanzigjährige Dame...

Wolle neun Jahre später klopfte es eines Abends gegen zehn Uhr an Fräulein Navilles Türe. Pochte und läutete sehr stark und häufig, bis die Uebelhörige es schließlich inne ward. Als sie öffnete, gewahrte sie einen Menschen, der sich gegen die Türpfosten stemmte und den Hut tief im Nacken trug...

Er sagte: „Grüß Gott, Madame Justette, gib mir einen Kaffee, Du bist, ich habe einen Bombenanschlag. Aber das tut nichts. Tut gar nichts! — Ich will ein wenig schlafen und dann...“

Sie war schon in der Küche. Als sie wieder hereinkam, schlief Kilian fest.

Am Morgen deckte sie den Frühstückstisch, und bald sahen sie sich gegenüber wie in alter Zeit. Nachdem er sein Schamgefühl etwas überwunden hatte, sagte er: „Madame Justette, ich bin zu Ihnen gekommen, damit Sie mich anhören. Sonst verlange ich gar nichts. Weder Hilfe noch Trost. Nur Gehör.“

„Reden Sie, mein Freund!“ sagte die alte Frau.

„Daß ich mich verheiratete, habe ich Ihnen, glaube ich, angezeigt,“ begann Kilian. „Warum ich das tat? Warum heiratete junge Leute? Weil sie glauben, sie müßten endlich einmal festen Boden unter die Füße bekommen.“

„Aber ich bin nicht Soldat, ich habe dieses Gefühl nie erlebt. Ich wurde nie zum Mörder ausgebildet. — Ich begriff aber damals gefühlsmäßig, ohne es mit dem Kopf zu verstehen, daß man von mir ein Gleiches fordere, wie der Staat von seinen Soldaten. Einer sagte zu mir: „Würden Sie trotzdem die Revolution in der Schweiz gutheißen, auch wenn fünfzigtausend Ihrer Landsleute auf der Strecke blieben?“ und ich bejahte die Frage, obgleich ich innerlich erstarrte.“

„Aber ich bin nicht Soldat, ich habe dieses Gefühl nie erlebt. Ich wurde nie zum Mörder ausgebildet. — Ich begriff aber damals gefühlsmäßig, ohne es mit dem Kopf zu verstehen, daß man von mir ein Gleiches fordere, wie der Staat von seinen Soldaten. Einer sagte zu mir: „Würden Sie trotzdem die Revolution in der Schweiz gutheißen, auch wenn fünfzigtausend Ihrer Landsleute auf der Strecke blieben?“ und ich bejahte die Frage, obgleich ich innerlich erstarrte.“

